

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 11.

Charlottenburg, Freitag, den 17. März 1922.

49. Jahrg.

Die kulturelle Förderung der Jugend durch die Gewerkschaften.

Heute kann keine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens mehr richtig beurteilt werden, wenn sie aus dem Zusammenhange mit dem Ganzen herausgerissen wird. Die Verknüpfungen, die Wechselwirkungen sind überall so stark, daß größte Selbstbeschränkung, die sich eine Bewegung, eine Organisation auferlegt, nicht verhindern kann, daß enge Beziehungen zu Gebieten sich einstellen, die dem eigentlichen Aufgabenkreis mehr oder weniger fernliegen. Um so mehr wird dies der Fall sein, wenn von vornherein keine allzu engen Grenzen für die Tätigkeit gezogen sind, wie dies bei den Gewerkschaften der Fall ist.

Für die Jugend haben die freien Gewerkschaften schon seit jeher großes Interesse aufgebracht. Mögen die Gründe dafür auch anfangs mehr organisatorischer Art gewesen sein, so wandelten sie sich dort im Laufe der Zeit gründlich. Heute können wir wohl feststellen, daß fast ohne Ausnahme die gewerkschaftliche Arbeit für die Jugend allein durch das Wohl der Jugend selbst bestimmt wird. Selbstverständlich kommt hierbei durchaus zum Bewußtsein, daß das Wohl der Volksgesamtheit eine geistig und körperlich gesunde Jugend voraussetzt.

Eine unmittelbare Einwirkung auf die Jugend in dieser Richtung ist zum mindesten seit dem Jahre 1908 zu verzeichnen. Da war es der Hamburger Gewerkschaftskongress, der bekanntlich aussprach, daß die Bildungsbestrebungen der arbeitenden Jugend (in weitestem Sinne verstanden) zu fördern seien. Wie dann durch gute belehrende und gesellige Veranstaltungen, Beschaffung von Jugendheimen, billigem, aber gutem Lehrstoff usw. versucht wurde, unmittelbar die geistige Entwicklung der Jugend zufälligen, oft mehr oder weniger ungünstigen Einflüssen zu entziehen, braucht hier nicht näher angeführt zu werden. Not tut aber, einmal auf die mittelbaren Wirkungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit einzugehen.

Durch die Erreichung des Achtstundentages war der Jugend zuerst die Möglichkeit gegeben, in der freien Zeit noch in geistiger Regsamkeit sich selbst nach eigener Wahl zu beschäftigen. Ob nun die Vermehrung des Berufswissens oder je nach Geschlecht und Neigung Ausflüge auf andere ferner liegende Gebiete des Wissens und der Künste während der Freizeit unternommen werden, auf alle Fälle ist die dafür aufgewandte Zeit nutzbringend verbracht. Eine noch größere Rolle spielt die Tatsache, daß heute Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen in ganz wesentlicher Zahl zum Genuß von Sommerurlaub gelangen. Durch die Tarifverträge wird diese gegen die Vorkriegszeit unerhörte Neuerung allmählich dem Bewußtsein der Betroffenen sowohl wie auch hoffentlich dem der Arbeitgeber zu einer Selbstverständlichkeit. Um die ungeheure Wandlung gegen früher und die Bedeutung dieser Wandlung richtig zu erfassen, muß man sich jedoch einmal die Wirkungen dieser Neuerung vergegenwärtigen. Das Vorjahr bot hierfür eine gute Gelegenheit. Die deutschen Arbeiterjugendvereine hatten im Juli in Bielefeld einen Reichsjugendtag veranstaltet, der von mehr als 5000 Jugendlichen besucht war, von denen mindestens drei Viertel noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hatten. Aus allen Teilen des Reiches waren die Jugendlichen zusammengeströmt; monatelanges Sparen, Fahrpreisermäßigung auf der Eisenbahn und die gastsfreie Aufnahme durch die Arbeiterchaft Bielefelds hatten die geldlichen Möglichkeiten gegeben. Es ist nicht zu hoch geschätzt, wenn gesagt wird, daß etwa die Hälfte der Teilnehmer vor oder nach der dreitägigen Kundgebung noch längere Ferienwanderungen unternommen hat. Fest steht jedenfalls die Tatsache, daß Tausende von erwerbstätigen Jugendlichen in der

Lage waren, auf längere oder kürzere Zeit der Werkstätte, dem Kontor usw. den Rücken zu kehren, damit ein Bedürfnis zu befriedigen, worauf bis dahin der bürgerlichen Jugend ein unbestrittenes Vorrecht zustand.

Ganz undenkbar wären diese erfreulichen Dinge ohne die unermüdlige Arbeit der Gewerkschaften. Oft genug werden nur unter den schwierigsten Umständen Vorteile für die Jugend bei Tarifverhandlungen erreicht. Versuchen doch die Unternehmer gern, und zuweilen nicht ohne Erfolg, den erwachsenen Arbeitern durch Hinweis auf ihre eigene Jugend das Eintreten für die Heranwachsenden als für sie ziemlich unwesentlich hinzustellen. Wenn trotzdem so in die Augen springende Fortschritte erreicht sind, so können die Gewerkschaften mit doppelter Genugtuung auf das Erreichte zurückblicken. Hoffentlich wird die immer weitergreifende tarifliche Regelung des Ferienwesens recht bald dazu führen, daß dem alten Wunsche nach gesetzlicher Festlegung des Anspruchs auf Ferien entsprochen wird.

Für nüchtern urteilende Menschen mag es nicht groß von Bedeutung sein, ob jährlich einige Tausende oder Zehntausende von Arbeiterjungen und -mädchen in der Lage sind, ihre kurzen Ferien auf einer Wanderung durch die weitere Heimat zu verleben. Doch eine kurze Ueberlegung müßte auch diesen Naturen zeigen, daß auf die Weise in jedem Menschen Kräfte freigelegt und Gefühle wachgerufen werden, die sonst wohl nicht einmal geahnt werden würden. Jetzt erst wird es vielen klar werden, wo reiner Lebensgenuß zu finden ist; sicher wird aber dabei auch das Gefühl erstarken, diesen Genuß all den vielen anderen zugänglich zu machen, die ihn noch gar nicht kennen. Zieht man weiter in Betracht, daß bei manchen Jugendlichen solche Wanderungen erst das Bewußtsein von dem untrennbaren Zusammenhang des einzelnen mit dem Volksganzen wecken, auch die Augen für das wirtschaftliche Aufeinanderangewiesensein öffnen werden, so erkennt man die große Bedeutung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit für Staat und Gesellschaft. Gar nicht weiter soll hier darauf eingegangen werden, daß auf solchen Wanderungen wie auch in den sonstigen Jugendveranstaltungen die Teilnehmer ganz von selbst zur Enthaltensamkeit von Alkohol und Nikotin erzogen werden; da ist kein Moralpauken notwendig, es gibt in solchem Beisammensein der Jugend eben gewisse Selbstverständlichkeiten, über die nicht geredet zu werden braucht.

Wir sehen hier deutlich die eingangs erwähnten Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt. Ohne Achtstundentag, tarifliche Regelung der Entlohnung, Ferien usw. wäre es der arbeitenden Jugend heute ganz einfach nicht möglich, ihrem Leben einen neuen, besseren Inhalt zu geben. Die nüchterne Gewerkschaftsarbeit ist Voraussetzung für den Fortschritt auf geistigem, sittlichem und gesundheitlichem Gebiet. Dies müßten endlich auch einmal die Kreise unseres Volkes einsehen, die wohl über die Verderbtheit unserer Jugend reden, aber doch auf der anderen Seite allen Bestrebungen, die gerade an der Gesundung der Jugend arbeiten, wie dies die Gewerkschaften tun, alle erdenklichen Widerstände in den Weg legen. Auch mit juristischen Spitzfindigkeiten läßt sich ein wirtschaftlich und kulturell gleich wichtiger und notwendiger Prozeß nicht aufhalten. W. M a s c h e.

Man hört mal zu!

Es ist ein bedauerlicher, aber wahrer Umstand, daß viele Kollegen und Kolleginnen unseres Verbandes es nicht mehr für nötig halten, die Zahlstellenversammlungen zu besuchen und sich an der Vertiefung der gewerkschaftlichen Idee zu beteiligen. Woran

liegt das wohl? Nun, die einen glauben, daß der von ihnen gewählte Betriebsrat verpflichtet ist, ihre Sachen vor dem Unternehmer zu vertreten. Andere nehmen an, daß die Lohnfragen mit steigender Teuerung automatisch von den beiderseitigen Organisationen geregelt werden und, falls sie sich nicht einig werden können, irgendeine Schiedsstelle sich finden wird, welche, wenn auch nicht immer ganz gerechte und ausreichende, so doch immerhin Lohnerhöhungen bringt. Wieder andere haben ernstlich den Versuch gemacht, mitzuarbeiten; sie konnten mit ihrer Meinung noch nicht durchdringen, hatten eine Mehrheit gegen sich und glauben, daß damit aller Weisheit Ende erreicht ist. Ein weiterer Teil kümmert sich, und das sind namentlich diejenigen, welche in der vollsten Blüte ihrer Arbeitskraft stehen, fast gar nicht um die Wirtschaftspolitik, sondern liebt vielmehr die Zerstreuung durch Kinobesuch, Romanlesen u. dergl. schöne Sachen mehr. Ja, Freunde, seid Ihr denn alle schon so weit, daß Ihr Euch zur Ruhe setzen könnt? Man kann wetten, daß ein großer Teil nicht einmal weiß, was in unserem Verbandsstatut steht. Es kommen Fälle vor, wo auf die Zahlstellenassistenten geschimpft wird, daß sie keine Krankenunterstützung zahlen wollen, und hinterher stellt sich heraus, daß der betreffende Kollege entweder sich nicht jahungsgemäß bei Eintritt der Krankheit gemeldet oder überhaupt nicht versucht hat, Krankenunterstützung zu erlangen. Unsere Satzungen sind so leichtverständlich, daß man annehmen müßte, daß sie jedes Mitglied unseres Verbandes im Kopfe hätte. Hier bietet sich aber Gelegenheit, zumal wir in diesem Jahre Generalversammlung haben, das Statut einmal gründlich zu besprechen. Es kommt niemand in die Zahlstellenversammlung, sagt Ihr! In dieser soll auch das Statut nicht beraten werden. Ich habe eine andere Idee! Manche unserer Zahlstellen sind so groß, daß man erstens keinen so großen Versammlungsraum findet und andererseits in den großen Restaurationsräumen gewöhnlich kalte Fische bekommt und obendrein noch Geld verzehren muß. Leider haben wir gerade in den Porzellanorten zum großen Teil noch keine Gewerkschaftshäuser mit passenden Versammlungsräumen. Aber in Schulvorständen, Elternbeiräten sitzen unsere Kollegen als Vertreter; vielleicht können sie uns Schulräume, Klassenzimmer usw. für solche Besprechungen freimachen. Die sind zu klein? Nein; man teilt eben die Mitglieder der Zahlstelle ein in Branchen, Sektionen, und die Sache wird gehen. Wo keine Schulräume freigegeben werden können, kann schließlich der Betriebsrat für einen geeigneten Raum im Fabrikbetrieb sorgen, und falls auch das nicht möglich sein sollte, nun, man kann auch getrost ein größeres Restaurationszimmer nehmen und sich mit dem Trinken etwas einschränken. Notwendig ist es aber, sich mehr als bisher mit unseren wirtschaftspolitischen Fragen zu befassen; die Aussprachen müssen eine regere Beteiligung erfahren. Wir müssen „gemeinsam“ daran arbeiten, „unsere“ Angelegenheiten zu regeln und „unsere“ Lebensfragen und Lebensbedingungen zu bessern. Wir dürfen nicht einzelne Kollegen für uns arbeiten lassen und dann an ihnen meist unbegründete Kritik üben, sondern jeder Kollege, jede Kollegin muß sich klar darüber werden, daß Kenntnis der Vorgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung, Kenntnis der Mittel und Wege, die uns offen stehen, zur Verwirklichung unserer Sehnsucht nach besseren Zeiten, Kenntnis der sozialen Gesetzgebung, die Vorbedingungen sind für die Durchführung des Lebenskampfes, den wir als Proletarier, als Lohnslaven, durchzufechten haben. Es ist seit der Novemberrevolution vieles erreicht, aber leider nicht durch die vorwärtstürmende, erkennende Masse des arbeitenden Volkes, sondern einestheils durch die verkehrte und verdrehte Politik der vorrevolutionären Machthaber, und die Einsicht und Initiative einiger Führer der Arbeiterbewegung, welche die Geschicke eines 60 Millionenvolkes mit großem Mut und verantwortungsvoller Energie in die Hand nahmen und verordneten, was gerecht und möglich war. Aber noch ist nicht alles erreicht, und das, was wir haben, will uns die besitzende Klasse lieber heute denn morgen wieder entreißen. Darum ist es notwendig, daß jeder Kollege, jede Kollegin mit etwas mehr Begeisterung sich an unseren Aufgaben beteiligt und jedes Arbeiterauge darüber wacht, daß es den Unternehmern nicht gelingt, unsere Rechte zu schmälern. Vertrauen zu den selbstgewählten Führern, Unterstützung durch rege Anteilnahme am Gewerkschaftsleben, Kameradschaftlichkeit gegen jeden, der Arbeitsgewand trägt und die Frauen gegen die heuchlerisch schönen Blicke und Worte unserer Unannehmer und deren Handlanger, das ist nötig, wenn wir unsere Kinder die Früchte eines geordneten und gesunden Gemeinheitslebens genießen wollen. Darum meidet nicht die Versammlungen in eurer Zahlstelle; jeder, der fehlt, gleicht dem, die in der Heimat oder in der Etappe die größten Strategen waren — beim Blatzlase. Schl.

Steigende Arbeitslosigkeit.

Die für Ende Januar 1922 vorliegenden Zahlen zeigen ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Endzahl der Verbände ist Ende Januar auf 3,3 Arbeitslose auf 100 Mitglieder gestiegen. Die beiden Vormonate ergaben 1,4 und 1,6 v. H. arbeitslose Mitglieder. Mit 3,3 ist die Endzahl für Januar 1922 zwar niedriger als für Januar 1921 (4,5 v. H.), aber sie bewegt sich auf gleicher Höhe wie der Durchschnitt der letzten sieben Vorkriegsjahre, der gleichfalls 3,3 v. H. beträgt, während die Vormonate eine ausnahmsweise niedrige Vergleichszahl boten. Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist nicht einheitlich für alle Industrien. Einige Industriegruppen zeigen rapides Ansteigen der Arbeitslosigkeit, während andere sich nur gering verschlechtert oder fast stationär blieben. Die folgende Tabelle zeigt den Stand der arbeitslosen Mitglieder in den deutschen Gewerkschaften, zusammengefaßt nach Industrie- und Gewerbegruppen. Es sind 1000 arbeitslose Mitglieder auf je 1000 Gewerkschaftsmitglieder:

	Okt. 1921	Nov. 1921	Dez. 1921	Jan. 1922
Gärtnerei	3,9	5,3	4,6	10,5
Steine und Erden	0,7	0,9	0,9	1,7
Maschinenbau u. Metallverarbeitung	0,9	0,6	0,5	0,6
Spinnstoffindustrie	0,5	0,5	0,5	0,7
Papierindustrie	1,4	0,7	1,0	1,1
Lederindustrie	1,1	0,7	1,5	1,9
Holz- und Schnitzstoffe	0,9	0,7	0,8	1,0
Nahrungs- und Genussmittel	4,0	2,9	4,9	5,9
Bekleidungsindustrie	0,6	0,5	0,5	0,6
Baugewerbe	1,2	4,0	6,4	17,3
Vielfältigungsgewerbe	1,1	0,7	0,9	1,1
Verkehrsgewerbe	2,0	2,4	1,6	4,9
Verschiedene Berufe	1,2	1,5	1,4	1,9
Durchschnitt aller Verbände	1,2	1,4	1,6	3,3

Maschinenbau und Metallverarbeitung, Spinnstoffindustrie, Holzindustrie, Bekleidungsindustrie und Vielfältigungsgewerbe haben mit 0,6 bis 1,1 v. H. Arbeitsloser noch immer einen sehr günstigen Arbeitsmarkt. Gärtnerei und Baugewerbe zeigen mit 10,5 und 17,3 v. H. starke Verschlechterung. Auch das Verkehrsgewerbe (Transportarbeiterverband) zeigt ein Steigen von 1,6 auf 4,9 v. H. Für diese Verschlechterungen ist zweifellos die Frostperiode verantwortlich, die zum Unterbrechen der Bautätigkeit zwang, den Verkehr auf den Wasserstraßen und in den Häfen lahmlegte und damit für viele Betriebe die Zufuhr von Kohle und Rohstoffen unmöglich machte. Immerhin handelt es sich um eine von der allgemeinen Wirtschaftslage unabhängige Ursache. Wesentlich ernster ist die Tatsache, daß auch die nicht von Witterungseinflüssen beeinflussten Industrien ein Anschwellen der Arbeitslosigkeit zeigen, wie Porzellan- und Glasarbeiter, Sattler und Tapezierer, Schuhmacher und Tabakarbeiter. Ob die deutsche Industrie bereits von der rückläufigen Konjunktur erfaßt ist, lassen die zurzeit vorliegenden Zahlen nicht erkennen.

Die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten ist erheblich gestiegen. Anfang Januar wurden 164 958, Anfang Februar aber 196 103 Personen unterstützt, die Zahl der Familienangehörigen, für die Zuschlagsunterstützung gezahlt wurde, stieg sogar von 210 901 auf 269 600. Beachtlich ist, daß die Zahl der weiblichen Unterstützten um weitere 1400 gesunken ist und am 1. Februar 31 653 beträgt, während die Zahl der männlichen Unterstützten von 131 916 auf 164 450 stieg. Die Arbeitslosigkeit war also für Frauen verhältnismäßig günstiger. Dieses zeigt sich auch bei den Endzahlen der Gewerkschaften, die von den weiblichen Mitgliedern 1,7 v. H., von den männlichen Mitgliedern 3,8 v. H. arbeitslos melden. Ursache ist das Stoden der Arbeit im Bau- und Verkehrsgewerbe, wo vorwiegend Männer von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden.

Der tatsächliche Umfang der Arbeitslosigkeit läßt sich leider nicht feststellen. Von rund 5 800 000 Gewerkschaftsmitgliedern über die berichtet wurde, waren Ende Februar 190 614 arbeitslos. In Unterstützung der Fürsorge befanden sich 196 103 Personen. Beide Zahlen sind nicht erschöpfend, da die Gewerkschaften nur einen Teil der Arbeiter umfassen und die Erwerbslosenfürsorge einen beträchtlichen Teil der Arbeitslosen nicht unterstützt. Es sind notwendig, Methoden zu finden, die eine Feststellung des Gesamtumfanges der Arbeitslosigkeit ermöglichen, da die Teilfeststellungen zu Trugschlüssen führen.

Für die Beurteilung der bezirklichen und örtlichen Unterschiede hinsichtlich des Umfanges der Arbeitslosigkeit geben die Zahlen der Erwerbslosenfürsorge einen Anhalt. Vor Ende Januar 1922 waren 416 Städte berichtet. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen, auf je 1000 Einwohner berechnet, ergibt folgendes Bild:

auf je 1000 Einwohner	1. Okt. 1921	11. Febr. 1922
keine Unterstühten . . .	in 54 Orten	in 64 Orten
0,1— 0,9 Unterstühtige	" 184 "	" 89 "
1,0— 1,9 "	" 68 "	" 35 "
2,0— 2,9 "	" 41 "	" 33 "
3,0— 3,9 "	" 17 "	" 20 "
4,0— 4,9 "	" 10 "	" 26 "
5,0— 5,9 "	" 10 "	" 20 "
6,0— 6,9 "	" 5 "	" 15 "
7,0— 7,9 "	" 2 "	" 16 "
8,0— 8,9 "	" 6 "	" 9 "
9,0— 9,9 "	" 8 "	" 10 "
10,0—10,9 "	" — "	" 3 "
11,0—11,9 "	" 4 "	" 6 "
12,0 u. mehr "	" 7 "	" 47 "

Während Anfang Oktober nur in 42 Städten mehr als 5 Unterstühtige auf 1000 Einwohner gezählt wurden, trifft dieses heute in 126 Städten zu. Ueber 12 auf 1000 weisen jetzt 47 Städte auf, davon 14 Städte mehr als 20 auf 1000. Abgesehen von ungewöhnlich hohen Zahlen in bisher günstig gestellten Orten, wo das Steigen unverkennbar auf Kohlenmangel oder Frostwetter zurückzuführen ist, bietet sich das seit Monaten gewohnte Bild. Die Orte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes weisen die niedrigsten Zahlen auf, während Sachsen, Berlin, Ostpreußen und die Wasserlande am stärksten notleidend sind. Der Anteil Berlins ist verhältnismäßig zurückgegangen, bleibt aber trotzdem noch ungewöhnlich hoch, denn er umfaßt mit 54 630 Unterstühtigen 27,1 v. H. aller überhaupt in Deutschland Unterstühtigen.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Im „Reichsanzeiger“ wird nunmehr das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat bekanntgegeben. Bei der Bedeutung des Gesetzes für unsere Betriebsratsmitglieder führen wir nachstehend die einzelnen gesetzlichen Bestimmungen im Wortlaut auf:

- § 1. Aufsichtsrat im Sinne des § 70 des Betriebsrätegesetzes ist ohne Rücksicht auf die Bezeichnung im Gesellschaftsvertrage das im Handelsgesetzbuch, im Gesetze, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, im Gesetze, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, im Gesetze über die privaten Versicherungsunternehmungen, in den Berggesetzen als Aufsichtsrat bezeichnete Organ der Aktiengesellschaft, der Kommanditgesellschaft auf Aktien, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der eingetragenen Genossenschaft, des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit und der bergrechtlichen Gewerkschaft.
- § 2. Bestehen bei einer der im § 1 genannten Körperschaften für die von ihr beschäftigten Arbeitnehmer ein oder mehrere Betriebsräte oder Gesamtbetriebsräte, so regelt sich die im § 70 des Betriebsrätegesetzes vorgeschriebene Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat nach den folgenden Bestimmungen.
- § 3. Soweit nicht im Betriebsrätegesetz und im folgenden etwas anderes bestimmt ist, finden auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, welche für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten.
- § 4. Zwei Betriebsratsmitglieder sind zu entsenden, wenn nach dem zur Zeit der Anberaumung der Wahl geltenden Gesellschaftsvertrage (Statut, Satzung) mehr als drei Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden können oder beide Arbeitnehmergruppen (Arbeiter und Angestellte) im Wahlkörper (§ 5) vertreten sind. In allen übrigen Fällen ist eines zu entsenden. Zum Ersatz auscheidender Mitglieder sollten für jedes in den Aufsichtsrat zu entsende Mitglied zwei Ersatzmitglieder gewählt werden.
- § 5. Wahlkörper für die Entsendung der Betriebsratsmitglieder ist bei Körperschaften mit einem Einzelbetriebsrat oder einem Gesamtbetriebsrate dieser, in solchen mit mehreren Einzelbetriebsräten die Gesamtheit dieser, auch wenn sie zum Teil zu einem Gesamtbetriebsrate zusammengeschlossen sind. Wählbar sind alle Mitglieder des Wahlkörpers, die am Tage der Wahl ein Jahr von der Körperschaft beschäftigt und nicht in den letzten zwei Jahren durch Beschluß gemäß § 39 des Betriebsrätegesetzes abgelehrt worden sind. Das Erfordernis der einjährigen Beschäftigung entfällt, soweit nicht wählbare Personen in vierfacher Zahl der zu wählenden Mitglieder vorhanden sind. Bei eingetragenen Genossenschaften gilt § 9, Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, für die in den Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder nur, sofern ihnen der Erwerb der Mitgliedschaft freisteht und billigerweise zugemutet werden kann.
- § 6. Die Wahl findet geheim und mit Stimmenmehrheit einheitlich durch den ganzen Wahlkörper statt. Sind zwei Mitglieder zu wählen, so kann die Minderheitsgruppe der Arbeitnehmer (§ 16 des Betriebsrätegesetzes), sofern ihr mindestens zwei

Mitglieder des Wahlkörpers angehören, mit Stimmenmehrheit oder Stimmengleichheit die Entsendung eines Vertreters ihrer Gruppe beschließen; alsdann findet eine getrennte Wahl durch jede der beiden Arbeitnehmergruppen statt. Wiederwahl ist zulässig. Das nähere über das Wahlverfahren bestimmt der Reichsarbeitsminister.

- § 7. Die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat endet ausschließlich durch Rücktritt oder durch Verlust der Zugehörigkeit zum Betriebsrat, dem das Mitglied angehört.
- § 8. Scheidet ein Betriebsratsmitglied aus dem Aufsichtsrat aus, so tritt ein Ersatzmitglied nach den Bestimmungen der Wahlordnung ein. Ist kein Ersatzmitglied des Ausgeschiedenen mehr vorhanden, so findet eine Neuwahl statt.
- § 9. Soweit die gegründete, aber noch nicht eingetragene Körperschaft bereits einen Aufsichtsrat hat, finden die §§ 1 bis 8 Anwendung.
- § 10. Das Gesetz findet auch auf die im § 62 des Betriebsrätegesetzes bezeichneten Betriebsvertretungen Anwendung, wenn die Vertretung für die Betriebe nur einer Körperschaft errichtet ist und aus Arbeitnehmern dieser Körperschaft besteht.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1922 ab in Kraft. Die ersten Wahlen sind binnen drei Wochen nach Inkrafttreten vorzunehmen.

Das Existenzminimum im Februar 1922.

Von Dr. R. Kuchynski.
[Nachdruck verboten.]

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um reichlich ein Siebentel gestiegen. Schuld daran waren die Verknappung der Warenzufuhr durch Frost und Eisenbahnerstreik und die maßlose Ausnutzung dieser Notlage durch zahlreiche Händler. In Groß-Berlin kostete im Februar rationiertes Brot 19mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 26mal soviel, Milch 27mal soviel, Briketts 28mal soviel, Zucker 31mal soviel, Margarine 33mal soviel, Brot im freien Handel 36mal soviel, Reis 43mal soviel. Kartoffeln, die aber so spärlich angeboten wurden, daß sie für die allgemeine Ernährung nicht in Frage kamen, waren etwa 100mal so teuer wie vor acht Jahren.

Beziffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 43 M., für eine Frau auf 91 M., für einen Mann auf 121 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,69 M., für eine Frau 3,42 M., für einen Mann 4,30 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billige Kartoffeln damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden daher hier für die Vorkriegszeit angeführt: Kind 1,75 M., Frau 2,80 M., Mann 3,50 M.)

	Preis Febr. 1922	Preis Febr. 1914
	ℳ.	ℳ.
2550 Gramm Brot (rationiert)	1194	62
200 " Weizenmehl (rationiert)	145	8
250 " Haferflocken	305	13
125 " Graupen	180	5
1250 " Gemüse	675	18
125 " Margarine	660	20
125 " Marmelade	180	8
250 " Zucker	370	12
1 Liter Milch	615	23
Zus. für ein 6—10jähr. Kind	4324	169
500 Gramm Brot (freier Handel)	430	12
125 " Graupen	180	5
250 " Erbsenbohnen	315	11
1750 " Gemüse	945	25
250 " Rindfleisch	1000	56
125 " Speck	825	23
250 " Salzheringe	245	13
125 " Margarine	660	20
125 " Marmelade	180	8
Zus. für eine Frau	9104	342
500 Gramm Reis	940	23
250 " Erbsen	340	10
125 " Speck	825	23
250 " Salzheringe	245	13
125 " Margarine	660	20
Zus. für einen Mann	12114	430

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für

Wohnung 11 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 32,40 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 19,20 M. (0,75 M.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 60 M. (2,50 M.), Frau 40 M. (1,65 M.), Kind 20 M. (0,85 M.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-reinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	M.	M.	M.
Ernährung	121	212	299
Wohnung	11	11	11
Heizung, Beleuchtung	52	52	52
Bekleidung	60	100	140
Sonstiges	61	93	125
Februar 1922	305	468	627
Januar 1922	266	408	548
Februar 1921	149	225	313
Februar 1920	129	190	254
August 1913/July 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920 und 1921 vgl. mein Buch „Vor der Revision“, Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Februar 1922 für einen alleinstehenden Mann 51 M., für ein kinderloses Ehepaar 78 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 104 M. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 15 900 M., für das kinderlose Ehepaar 24 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 32 700 M.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Februar 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 305 M., d. h. auf das 18,2fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 468 M., d. h. auf das 21fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 627 M., d. h. auf das 21,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 5 Pf. wert.

Gildensozialismus und Gewerkschaften.

Von A. Ellinger.

In England hat im letzten Jahrzehnt eine Bewegung Bedeutung erlangt, die sich die praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Sozialismus durch die Gewerkschaften zum Ziel setzt. Sie will keinen Staatssozialismus — den sie als Staatskapitalismus ansieht, und von dem sie keine Erlösung der Arbeiter aus wirtschaftlicher Unfreiheit erwartet — sondern sie will die Gewerkschaften zu Trägern der Wirtschaft machen. Diese Bewegung ist der Gildensozialismus.

Das Wort „Gildensozialismus“ erinnert lebhaft an das Junftwesen des Mittelalters. Der Gildensozialismus hat aber mit dem Mittelalter gar nichts zu tun, sondern weist weit in die Zukunft hinein. Er erstrebt nicht die Rückbildung der heutigen Gewerkschaften zu Zünften, sondern ihre Fortbildung zu großen Wirtschaftskörperschaften, deren Aufgabe die Kontrolle der Produktion und die Führung der sozialistischen Wirtschaft sein soll. Er erstrebt den Zusammenschluß der heutigen Fachverbände zu großen Industriegewerkschaften, die alle Kopf- und Handarbeiter einer Industrie zu gemeinsamen wirtschaftlichen Aufgaben vereinigen sollen. Er fordert die Selbstverwaltung der einzelnen Industrien durch die Gewerkschaften unter der Oberhoheit des Staates. Der Staat als Verkörperung der Volksgemeinschaft soll nur Eigentümer der Produktionsmittel — des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken usw. — sein, die Leitung der Industrie aber den Gewerkschaften übertragen. Die Gewerkschaften sollen „die anerkannten Beauftragten der Allgemeinheit auf wirtschaftlichem Gebiete“ sein. Die beiden Führer des englischen Gildensozialismus, G. D. H. Cole und R. S. S. Sayers, drücken das in ihrer Schrift „Gildensozialismus“ (Rheinland-Verlag, Köln) so aus:

„Der Staat des Gildensozialismus ist seine Vereinfachung, die Leitung der Industrie in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Dem Staat als dem Vertreter der Allgemeinheit will er nur noch das Recht des Einspruchs und der Kritik zuerkennen . . . Er glaubt, daß diejenigen, die in einer Industrie tätig sind, diese Industrie im Interesse der Allgemeinheit zu leiten. Jede Gilde ist in ihrem besonderen Industriezweig die berufene Vertreterin der Allgemeinheit.“

Und in einer weiteren Schrift („Gildensozialismus“, Verlag von Kaden & Co., Dresden) äußert sich G. D. H. Cole über den Unterschied zwischen den zukünftigen Gilden wie folgt:

„Eine Gilde, wie wir sie uns denken, würde sich dabei von einer Gewerkschaft unterscheiden, daß sie die Gesamtheit der Arbeiter, Experten, Angestellten, Kopfarbeiter und Handarbeiter jeder Art umfassen würde — eben alle Arbeiter, die nötig sind, um diese Industrie wirksam zu betreiben im Dienste der Allgemeinheit. In unserer Haltung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung haben wir immer dieses Ziel vor Augen. Wir versuchen immer, eine Organisation zu schaffen, die nicht nur fähig ist, den Kapitalismus zu stürzen — was eine verhältnismäßig leichte Sache ist — sondern den Kapitalismus zu ersetzen, was eine viel schwierigere Sache ist. Deshalb versuchen wir, nicht die verschiedenen Zweiggewerkschaften der Handarbeiter zu den Industriebänden zusammenzufassen, sondern auch diese Gewerkschaften in möglichst enge Beziehung zu den Gewerkschaften der Kopfarbeiter und Techniker zu bringen, mit dem letzten Ziel, die Gesamtheit der Arbeiter in den verschiedenen Industrien in einer einzigen Organisation zusammenzufassen.“

Der zweite Punkt, in dem sich eine Gilde von der heutigen Gewerkschaft unterscheidet, besteht nach Cole darin, „daß die Gilde in der Hauptsache sich nicht mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder befassen würde, sondern mit dem Forttrieb der Industrie. Die Hauptarbeit der Gilde läge nicht in Schutzmaßnahmen, nicht im gemeinsamen Einkauf, nicht in Sicherung des Lebensstandards ihrer Mitglieder; sie würde bestehen in der Herstellung der Güter, in der Sorge für wirksame und kräftige Betriebsführung, in der wirklichen Leitung und Selbstverwaltung der Industrie“.

Der Gildensozialismus, für dessen allmähliche Durchführung die zwei großen englischen Gewerkschaften der Bergarbeiter und der Eisenbahner bereits schwere Kämpfe geführt haben, geht somit auf andere Wege, als sie der Gewerkschaftskongress in Nürnberg für die deutschen Gewerkschaften festgelegt hat, indem er es ausdrücklich ablehnt, die Gewerkschaften zu Trägern der Produktion zu machen. Er hat dafür Wirtschaftsräte gefordert, in denen die Arbeiter und Unternehmer paritätisch vertreten sein sollen. Welcher der beiden Wege der richtigere ist, wird die Entwicklung lehren. Ich persönlich bin der Auffassung, daß auch die deutschen Gewerkschaften auf die Dauer um die Führung der Wirtschaft nicht herumkommen werden, wenn sie ihre Existenzberechtigung später nicht verlieren wollen. Tatsächlich beschäftigen sie sich heute schon lebhaft mit wirtschaftlichen Dingen. Besonders im Baugewerbe ist die Umstellung der Gewerkschaften zu neuen Aufgaben lebhaft im Gange. Durch die Gründung sozialer Baubetriebe haben sich die Verbände der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten schon jetzt an die Spitze der werdenden sozialen Bauwirtschaft gestellt, wie dies auch die englischen Bauarbeitergewerkschaften durch die Gründung von Baugilden getan haben.

Aus unserem Beruf.

An die Kollegen der Figurenbranche! Noch einmal müssen wir einen Appell an die Kollegen richten, die in der Figurenbranche beschäftigt sind. Nach unserem ersten Aufruf in Nr. 3 der „Ameise“ haben nur wenige Zahlstellen Angaben über die dort bestehenden Löhne eingesandt. Ob nun die „Ameise“ nicht an allen Orten gelesen wird, oder ob die betreffenden Kollegen kein Interesse an einem festeren Zusammenschluß haben, wollen wir vorläufig nicht untersuchen. Trotzdem halten wir es für nötig, nochmals auf die Bedeutung näher einzugehen. Nicht nur, daß durch genaue Kenntnis der Löhne an anderen Orten eine größere Gleichheit erzielt und somit die Schmutzkonkurrenz ausgeschaltet wird, werden sich auch die Lohnkämpfe bedeutend leichter abwickeln. Die ersten statistischen Formulare, die am 20. Februar 1922 abgesandt wurden, zeigten schon Lohnunterschiede von 3 M. pro Stunde. Es muß nun in Betracht gezogen werden, daß unsere Arbeit nicht für den Ort berechnet ist, sondern für den Versand. Unter diesen Umständen ist es für jeden einsichtigen Kollegen klar, daß die Arbeitgeber, welche bis jetzt schon die höchsten Löhne zahlen, für neue Erhöhungen nicht leicht zu haben sind. Bei Lohnverhandlungen wird immer wiederholt, daß da und dort die Löhne bedeutend niedriger sind, und daß sie (die Arbeitgeber) nicht mehr konkurrenzfähig seien. Daß dies Remedium geschaffen werden muß, wird auch für jeden Kollegen klar sein. Dies wird aber nur auf dem von uns beschrittenen Weg möglich sein.

Wir ersuchen die in Frage kommenden Kollegen nochmals um Einsendung der dort bestehenden Löhne, bezugnehmend auf die Änderung.

In Verbindung hiermit verweisen wir noch auf die Mitteilung des Kollegen Fritsch-Breslau in Nr. 5 der „Ameise“.

Zahlstelle Köln. J. M.: G. Ohlenfort.

Achtung, Emaillebranche! Verwaltungen und sonstige Funktionäre! Um einen einheitlichen Ueberblick über die Gesamtverhältnisse in der Emaillebranche zu gewinnen, ist eine ständige Fühlungnahme der betreffenden Kollegen erste Voraussetzung. Angaben über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser Branche müssen von einer Stelle aus geprüft und statistisch verwertet werden können. Die Zahlstelle Köln will sich der Mühe unterziehen, eine allgemeine Reichsstatistik fertigzustellen und Material zu sammeln, das als Unterlage für eine Reichskonferenz der Emaillebranche dienen kann.

Wir bitten um rege Beteiligung. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an **Karl Jahn, Köln-Ehrenfeld, Simrodstr. 23.**

Mit kollegialem Gruß

Zahlstelle Köln.

Weiden. In einem hiesigen Lokalblatte wird ein Teilabschluß aus dem Geschäftsbericht der Porzellanfabrik Weiden, Gebr. Hauscher, veröffentlicht. Demnach wurde in der Aufsichtsratsitzung beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 35 Proz. und 150 M. Sondervergütung, insgesamt also 100 Proz., vorzuschlagen. Das ist aber nur ein Bruchteil des Segens, der den Aktionären in den Schoß gefallen ist. Es soll nämlich eine Erhöhung des Grundkapitals um 5 Millionen Mark vorgenommen werden. Den alten Aktionären soll ein Bezugsrecht dergestalt angeboten werden, daß auf eine alte Aktie eine junge zum Kurse von 100 Proz. entfällt, wobei die Gesellschaft 250 M. Einzahlung selbst leistet. Vom 1. Januar 1922 ab sind die neuen Aktien schon voll dividendenberechtigt. Das heißt also, von einer Aktie von 1000 M. erhält der Aktionär nur 750 M., während die Gesellschaft 250 M. erhält. Von den 5 Millionen werden den Aktionären 1¼ Million geschenkt. Die Aktien, die den Aktionären zum Kurse von 100 angeboten werden, stehen aber an der Börse mindestens auf 2500. Der Kursgewinn, der hier den Aktionären zufließt, ist ein so bedeutender, daß es angesichts dessen beinahe lächerlich erscheint, von den 50 Proz. Dividende reden zu wollen, die ja auch noch gezahlt werden.

Rudolstadt. Infolge Mangels eines geeigneten Lokales beschloß die Verwaltung, Betriebsversammlungen abzuhalten. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab der Geschäftsführer Siegel den Kassenericht pro 4. Quartal 1921. An Einnahmen waren 253 548,14 M., an Ausgaben 245 872,24 M. zu verzeichnen, der Kassenbestand betrug 175,90 M. Der Lokalfonds balancierte bei einem Bestand von 9398,29 M. Einnahmen und Ausgaben mit 28 605,76 M. Mitglieder waren am Schlusse des Quartals 1498 insgesamt vorhanden. Die Revisoren haben den Abschluß eingehend geprüft und in allen Teilen für richtig gefunden.

Den Jahresbericht erstattete ebenfalls Kollege Siegel. Im Berichtsjahre fanden 20 Mitgliederversammlungen, teils in Rudolstadt, Volkstedt und Königsee, statt, Betriebsversammlungen insgesamt 18, Kartellsitzungen 12, Betriebsratssitzungen 13, Versammlungen mit Angestellten 6, Betriebsverhandlungen in Lohn- und sonstigen Tariffragen 27, Gewerbegerichtsungen 4, Demonstrationen 2. Ferner vertrat der Geschäftsführer 4 Fälle vor dem Schlichtungsausschuß in Saalfeld, die für die Arbeiter von Erfolg waren. In 12 Fällen war der Geschäftsführer als Beisitzer im Schlichtungsausschuß tätig.

Die Verbandskasse stellte sich im verflossenen Jahre wie folgt:

Einnahme:		M
Bestand 4. Quartal 1920		5 799,36
1. Quartal 1921		42 291,80
2. " 1921		42 834,10
3. " 1921		44 347,—
4. " 1921		233 975,50
Summa		369 247,76

Ausgabe:		M
1. Quartal 1921		81 482,09
2. " 1921		89 103,19
3. " 1921		45 114,34
4. " 1921		245 872,24
Summa		861 071,86

M	
Einnahme	369 247,76
Ausgabe	861 071,86
Bestand	8 175,90

Kassakasse:

Einnahme:		M
Bestand 4. Quartal 1920		2 835,32
1. Quartal 1921		11 438,64
2. " 1921		10 945,88
3. " 1921		11 257,12
4. " 1921		25 546,70
Summa		61 823,66

Ausgabe:		M
1. Quartal 1921		11 564,80
2. " 1921		10 263,40
3. " 1921		11 389,20
4. " 1921		19 209,47
Summa		52 426,87

Einnahme	61 823,66
Ausgabe	52 426,87
Bestand	9 397,20

An Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit wurde gezahlt:

M	
1. Quartal 1921	7 356,56
2. " 1921	24 756,40
3. " 1921	31 178,27
4. " 1921	1 831,70
Summa	64 617,97

An Krankenunterstützung wurde gezahlt:

M	
1. Quartal 1921	11 259,34
2. " 1921	7 168,31
3. " 1921	6 476,95
4. " 1921	5 472,25
Summa	30 376,85

Summa	90 996,85	Krankenunterstützung
"	64 617,97	Erwerbslosenunterstützung
"	168 891,89	Streikunterstützung
Gesamtausgabe	258 886,71	für Unterstützungszwecke
Gesamteinnahme	244 364,60	an Beiträgen pro 1921
Mehrausgabe	14 522,11	

Ein besonders trauriges Kapitel war im verflossenen Jahre die Arbeitslosigkeit bezw. die Kurzarbeit, die sich in allerhöchster Form in Rudolstadt und Umgegend zeigte; 2 Betriebe waren über 4 Monate ganz geschlossen. Kurzarbeit wurde außerdem in 4 Betrieben mit über 470 Arbeitern und Arbeiterinnen geleistet. In einem Betriebe arbeitete man längere Zeit wöchentlich nur 12 Stunden. Der Lohnausfall beträgt nach einer flüchtig vorgenommenen Berechnung mindestens 2½ Mill. M.

Nicht zu verkennen ist, daß an unsere Mitglieder mit hohen Forderungen herangetreten wurde, doch muß man konstatieren, daß man mit wenig Ausnahmen erlarmt hatte, wie notwendig es war, höhere Beiträge zu zahlen.

Darum, Mitglieder, haltet allezeit tren zur Organisation, denn nur so ist es möglich, das zu erreichen, wonach wir streben.

Versammlungsberichte.

Anna. Die letzte Zahlstellenversammlung nahm zum neuen Lohnabkommen Stellung und faßte folgenden Beschluß:

„Der Hauptvorstand soll beim nächsten Lohnabkommen endlich einmal Lohnzustände schaffen, die der herrschenden Teuerung gerecht werden und eventuell vor den schärfsten Maßregeln nicht zurückschrecken, da die Mitglieder nicht gewillt sind, die bisherige Laktit länger mitzumachen.“

Zur Generalversammlung beschließt die Zahlstelle, sich den Ausführungen der Zahlstelle Leipzig in Nr. 9 der „Arbeits“ über die Verschmelzungsfrage voll und ganz anzuschließen, da uns das „Verbandschentrum“ nur Schaden zufügt.

Der Hauptvorstand möge mit allen Kräften beim ADGB die endliche Durchsetzung der 10 Punkte anstreben.

Berlin-Charlottenburg. Laut Beschluß der Verwaltung sollte in der Zahlstellenversammlung vom 25. Februar die Haltung des ADGB beim Eisenbahnerstreik kritisch beleuchtet werden. Der Abg. Sabottka war als Referent, Orthmann von der Berliner Gewerkschaftskommission als Korreferent gewonnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in innigen Worten des verstorbenen Kollegen August Welzel, zu dessen Ehren die Anwesenden sich erhoben. Der Referent führte etwa folgendes aus: Das Ertauen über den Beamtenstreik beruhe darauf, daß die Deffentlichkeit der Notlage derselben und den Vorgängen, welche zum Streik führten, nicht mit dem notwendigen Interesse begegnete. Er beweist an einigen Beispielen, daß die Gehälter dieser Kategorien bei den Aufbesserungen unverhältnismäßig benachteiligt wurden und selbst hinter den den Zeitverhältnissen entsprechend ebenfalls ungenügenden Lohnsteigerungen der Industriearbeiter zurückblieben. Eine Reihe größerer Bewegungen steht uns wieder bevor. Der Redner macht sodann längere Ausführungen weltwirtschaftlicher und politischer Natur. Die Kernpunkte dieser Betrachtungen seien hier wiedergegeben. Nach dem Kriege wurde überall weniger produziert. Die Anarchie in der Weltwirtschaft hat zur Folge, daß in den Siegerstaaten die Arbeitslosigkeit eine weit größere ist als bei uns. Die Kosten für den Staatshaushalt sind in allen Ländern gewaltig gestiegen. Desgleichen die Staatsschulden. Die Regierungen der Entente sind natürlich bemüht, den nötigen Ausgleich im Staatshaushalt durch Kontributionen der Besiegten herzustellen. Da diese nun besonders schwer auf den arbeitenden Schichten lasten, so ist es erklärlich, daß bei uns soziale Kämpfe von außerordentlicher Schärfe entbrennen. An eine Erfüllung der Reparationen ist nicht zu denken. — Die Kämpfe um die gerechte Lastenverteilung sind vor allem Steuerkämpfe. Ein Mitbesitz des Staates an den Produktionsmitteln durch konsequente Sachwertverfassung könnte ein gangbarer Weg sein. Die Forderungen der Gewerkschaften müssen mit Nachdruck vertreten werden. Geeignete reife Betriebe müssen sozialisiert werden. Die Interessen der Allgemeinheit müssen für uns stets im Vordergrund stehen. — Der Korreferent Orthmann bedauerte, daß er keine Gelegenheit habe, den ADGB zu verteidigen, da der Referent auf konkrete Fragen nicht eingegangen sei. Die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage seien vom Referenten durchaus richtig geschildert. Redner gibt sodann einen Ueberblick über die Vorgeschichte des Streiks. Die Reichsgewerkschaft ist durchaus selbständig vorgegangen, ohne sich mit den maßgebenden Organisationen ins Benehmen zu setzen. Die Verordnungen der Regierung bedeuteten nur Öl ins Feuer. Diese werden auch von den Gewerkschaftsführern nicht gebilligt. Eine kurze Uebersicht über die Zusammenfassung der RG zeigt uns, daß diese überwiegend bürgerlichen Charakter hat. In diesen Kreisen hat man sich bislang fast gar nicht um die Kämpfe der Arbeiterschaft gekümmert. Der Aufruf des ADGB zum Streik war ein Notprodukt. Die Folgen

für unsere Wirtschaft und in erster Linie für die Arbeiterschaft wären bei einer Fortdauer des als aussichtslos erkannten Streiks katastrophal gewesen. Redner gibt sodann eine ausführliche Schilderung des Berliner Gemeindefreistreichs, welche, da D. Verhandlungsteilnehmer war, den Stempel persönlichen Erlebens trug. Eine Schilderung dieser Vorgänge kann in der „Ameise“ unterbleiben. Sie haben in erster Linie lokales Interesse. — An der Diskussion beteiligte sich u. a. H. Schlater, der die sozialistischen und gewerkschaftlichen Führer im Schlepptau der Bourgeoisie befindlich bezeichnet und eine in scharfen Worten gehaltene Resolution gegen den ADGB einbringt. Nach Annahme eines Schlusstrages bemerkt Genosse Orthmann im Schlusswort, daß sachliche Kritik jederzeit erwünscht sei. Die Resolution bitte er angesichts des schwachen Besuches zurückzustellen. Es wurde demgemäß verfahren und anheimgegeben, die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission zu unterbreiten. Mit einem Schlusswort des Genossen Sabottka — H. U. Schulze hatte bereits zu Beginn der Versammlung einen Überblick über die Geschäftslage gegeben — fand die Versammlung ihr Ende.

Brattendorf. Die Versammlung vom 28. Februar nahm einen Bericht des Kollegen Kauschert über die letzte Betriebsratsitzung entgegen. Immer sind es die sozialen Einrichtungen, die erwähnt werden, aber aus Mangel an Mitteln nicht zu schaffen sind, wie es im Interesse der Arbeiter notwendig wäre. Ferner stand der Ausschluß des Kollegen Hahn aus dem Verbandsrat zur Verhandlung. Hahn mimt im Betriebe „Roter Haag“ den Aufseher, und zwar in einer Weise, daß man annehmen könnte, der Betrieb wäre sein Eigentum. Sein ganzes Verhalten ist — so grotesk sich das auch anhören mag — nicht anders als arbeitserfindlich zu bezeichnen, obwohl H. im Grunde etwas anderes als ein Arbeiter auch nicht ist. Die Kollegen haben ihn stark im Verdacht, daß er sich bei der Drückung der Akkordpreise betätigt, daß er sich auch bemüht, den Kollegen den Weg zur Betriebsleitung zu verlegen, sofern diese einmal eine Angelegenheit mit der Betriebsleitung regeln wollen.

Es wurde einstimmig beschlossen, H. aus dem Verbandsrat auszuschließen. Die Kollegen in den benachbarten Zahlstellen mögen sich den Namen Hahn gut merken für den Fall, daß er einmal früher oder später bei ihnen auftauchen sollte.

Golditz. Mit den sich immer wieder notwendig machenden Lohnverhandlungen mit den Unternehmern, bei welcher die Arbeiterschaft doch niemals einen Ausgleich schaffen kann, und welche mit der Teuerung nur einigermaßen Schritt hielten, beschäftigten sich die Golditzer Porzellanarbeiter in der letzten Versammlung. Nach längerer lebhafter Aussprache wurde folgende Resolution eingebracht und gelangte einstimmig zur Annahme: „Die am 22. Februar 1922 im Schützenhaus Golditz tagende Zahlstellenversammlung unterbreitet dem Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes folgende Resolution: Die Zahlstelle Golditz fordert angesichts der riesigen wucherischen Teuerungswelle in Lebensmitteln und allen zur Lebenshaltung unbedingt notwendigen Bedarfsartikeln, mit welcher Lohnhöhungen niemals Schritt halten, wodurch die weitere Existenzmöglichkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft in Frage gestellt ist, den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes auf, mit dem ADGB bei den Reichs- und Staatsbehörden sofort in Verhandlungen einzutreten, um preisregulierend und für gerechte Verteilung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände zu wirken. Sie fordert direkte Abgabe durch kommunale Verkaufsstellen unter Ausschaltung des wucherischen Zwischenhandels unter Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft. Weiter ist sie sich bewußt, daß die Ernährungsfrage ein Produktionsproblem ist, welches in einem kapitalistischen Staate nicht endgültig gelöst werden kann. Sie fordert, daß die Sozialisierungsfrage, sowie die Erfassung der Sach- und Goldwerte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln energisch vorwärtsgetrieben wird.“

Nahla. Die Zahlstellenversammlung vom 22. Februar wich, soweit es sich um den Besuch handelte, nicht wesentlich von den beiden vorhergegangenen ab. Insbesondere sind es die jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die den Hauptteil der notorischen Versammlungsschwänzer stellen, während sich die Versammlungsbesucher mit geringen Ausnahmen aus den Reihen der an Lebensjahren und an Jahren der Zugehörigkeit zur Organisation reicheren Mitgliedern rekrutieren. Das ist eine außerordentlich betrübliche Tatsache, die einmal öffentlich festgestellt zu werden verdient. Die jungen Kolleginnen und Kollegen sind zu einem bedenklichen Prozentsatz von einem Taumel befallen, der ihnen keine Sorgen um ihr wirtschaftliches Wohlergehen aufkommen läßt. Tanz und allerlei Vergnügungen in allen möglichen Vereinen und Klubs, die wie Pilze nach dem Regen aus der Erde wachsen und in denen von Arbeiterbewegung auch nicht ein Sterbenswörtchen geredet wird, sondern die im Gegensatz hierzu zu dem zweifelhaften Zwecke gegründet und von arbeitserfindlicher Seite nach allen Richtungen hin protegiert werden, die jungen Leute von ihren naheliegenden Interessen abzulenken, jagen ein das andere. Die jungen Kollegen schlagen zu allem Überflusse noch Buntelbäume in allen möglichen Sportklubs, die auch nicht das geringste mit Arbeiterbewegung zu tun haben. Das läßt die älteren und namentlich die in der vordersten Kampfreihe stehenden Kollegen mit sehr gemischten Gefühlen in die Zukunft sehen und erfüllt sie mit bangen Sorgen um die Übernahme der einstigen Führung der Gewerkschaftsbewegung usw. Das liegt aber daran, daß heute so schwere Eingriffe in die wirtschaftliche Existenz gar nicht geföhrt zu werden brauchen, wie es ehemals, sondern heute liegt die ganze Wucht der Arbeit auf wenigen Schultern; zu kämpfen und zu ringen braucht nicht der ganze Arbeiterstand (den Tarifkommissionen und den Betriebsleitungen) überlassen. Und dafür werden dann den wenigen noch allerlei Schwierigkeiten bereitet und ihnen noch zu allem Überflusse unqualifizierbare Lebensarten (und nicht zuletzt von diesen jungen Leuten) an den Kopf geworfen. Kurz gesagt, unsere jungen Mitglieder stellen sich in ihrer Mehrzahl auf Geld an, aber nicht darauf, wo das Geld herkommt. Das ist bitter, es erschrecken zu müssen, aber wahr. Wie die Dinge hier liegen in Nahla, so scheinen sie, nach Berichten zu urteilen, anderswo auch zu liegen. Deshalb mögen unsere Jungen einmal Einkehr und Umkehr halten und mögen versuchen, sich den Sinn des Dichterwortes klar zu machen, das da heißt: „Was du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück!“

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung Andenken des verstorbenen Kollegen August Besser in der herkömmlichen Weise. Den Geschäftsbericht über das letzte Vierteljahr gibt der Geschäftsführer ausführlich, und dazu erstattet dieser noch einen zugewiesenen Bericht über das verfllossene Jahr. Aus dem Bericht hervor, daß das verfllossene Jahr ein außerordentlich arbeitsreiches für die Verbandsfunktionäre und ebenso für die Arbeitervertretungen in den Betrieben war, und rechnet der Geschäftsführer mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Zukunft in dieser Beziehung keine Besserung bringen wird, im Gegenteil noch Verschlechterungen. Der Geschäftsführer wird einstimmig entlastet. Sodann berichtet der Vorsitzende über eine Tagung der Gesellschaft für Sozialreform in Jena. Generaldirektor Tillmann-Nahla hatte auf dieser Tagung das Hauptreferat gehalten, das die großen weltwirtschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsfragen behandelte, übernommen. Geladen und erschienen zu dieser Tagung waren Vertreter des Handels, der Industrie, der Wissenschaft und der Arbeiter. Gen. Dietsch berichtet ausführlich und betont, daß die Bedingungen des Herrn Tillmann getragen waren von tiefer Sachkenntnis und wert gewesen seien, vor einem größeren Kreis von Arbeitern getragen zu werden. Im Verlauf seines Vortrages sei der Referent auch auf den Achtstundenarbeitstag zu sprechen gekommen, und habe dieser die Errichtung eines Fonds durch den Arbeitgeberverband der Deutschen feinkeramischen Industrie aus den erzielten Valutagewinnen mitbeiprochen. Dr. Berzhofen habe dem Generaldirektor sekundiert. In der Aussprache haben sich die Gegner des Achtstundentages, die aus den Kreisen der „Wissenschaft“ rekrutierten, dahingehend geäußert, daß der Achtstundentag nicht mehr aufrechterhalten werden dürfe, man im Gegenteil zu einer längeren Arbeitszeit wieder zurückkehren müsse, wenn eine Gesundung des daniederliegenden Wirtschaftszustandes eintreten solle. Das alte Lied von jener Seite, wenn es sich um Arbeitervorteile handelt! Die Ausführungen über den Achtstundentag gaben dem Gen. Meinhardt Veranlassung, seine Auffassung über den Wert einer achtstündigen Normalarbeitszeit nach der gesundheitsheilkundlichen Richtung hin klarzulegen und zu betonen, daß auch Herr Tillmann in dieser Hinsicht die richtige Richtung eingeschlagen hat, nach dieser Richtung hin so gut wie gar keine Ausführungen gemacht habe, daß dieser vielmehr ausschließlich die Frage behandelte nach dem wirtschaftlichen Werte, wie er von Unternehmenseite immer nur einseitig und irrtümlicherweise bargelegt wird. Gen. Meinhardt ist der Auffassung, daß der Achtstundentag nicht nur für die Arbeiter usw. ein Vorteil von beachtlicher Größe in gesundheitlicher Beziehung und damit ein Vorteil für die Gesundheit des gesamten Volkes, sondern auch ein wirtschaftlicher Vorteil für die Unternehmung ist, was bereits in der Vorkriegszeit durch beweiskräftige Festlegungen bedeutender Männer der Sozialhygiene und der Nationalökonomie dargetan wurde. An der Arbeiterschaft wird es liegen, den Wunsch der Unternehmer, den Achtstundentag wieder zu beseitigen, ein Wunsch bleibt, der nie in Erfüllung geht. Hierauf berichtet Gen. Meinhardt über die Hauptfindung des Verwaltungsausschusses des Reichsarbeitsnachteilsbezirks Eisenberg. Arbeitsvermittlungsgesetz, sowie Reichsarbeitslosenversicherungsgesetz bzw. Erwerbslosenversicherungsgesetz waren in der Verwaltungsausschussitzung Gegenstände der Besprechung. Im Anschluß hieran macht Gen. Meinhardt noch Mitteilungen über Steuerangelegenheiten, und richtet er über Formfehler, die gemacht werden bei Einsprüchen gegen Beschwerden gegen Steuerbescheide über endgültige Steuern.

Schließlich macht Gen. Meinhardt Ausführungen über die Ausführung eines der Neuzeit entsprechenden und allen örtlichen Ansprüchen Rechnung tragenden Arbeiterheims, und ist er der Meinung, daß dieses Projekt nur verwirklicht werden kann, wenn sich alle Gewerkschaften am Orte an diesem Werke beteiligen. Zu diesem Zwecke sei erforderlich, daß eine Genossenschaft errichtet würde, und daß jeder einzelne Gewerkschaftler sich an der Genossenschaft mit einer Einlage als Geschäftsanteil beteiligen müsse. Die Ausführungen werden mit Beifall zur Kenntnis genommen.

Auf das am Sonnabend, den 18. März d. J., stattfindende Stiftungsfest der Zahlstelle wird nochmals hingewiesen und eine rege Teilnahme erwartet.

Magdeburg. Die Versammlung vom 2. März beschäftigte sich mit dem letzten Lohnabkommen, das als vollständig unbefriedigend erkannt wurde, schon wegen der ungleichen prozentualen Zuschläge als eine Ungerechtigkeit muß es betrachtet werden, daß für die gleiche Arbeit weniger Prozente bezahlt werden. Diese dreierlei Arten Berechnung muß in Kollegentreisen große Unzufriedenheit erwecken, daß ein solcher Schiedsspruch überhaupt gefällt werden konnte, wäre gar nicht zu verwundern, wenn selbst langjährige Bureaubeamte sich aus diesem Wirrwarr von Prozentberechnungen nicht mehr herausfinden, viel weniger ein anderer, der damit nicht so betraut ist. Das will uns scheinen, als wenn von Unternehmenseite darauf hingearbeitet wird, Unstimmigkeiten in die Reihen der Arbeiterschaft zu bringen. Die ganze Taktik, wie die Lohnabmachungen zustande kommen, läuft darauf hinaus. Die Versammlung ersucht den Vorstand in Zukunft nur feste Lohnzuschläge zu fordern und den Tarif für künftigen und zum 1. April neue Lohnverhandlungen einzuführen. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Die am 2. März stattgefundenen Zahlstellenversammlung beschäftigte sich eingehend mit dem Dresdener Schiedsspruch und erklärt einstimmig, daß die Zuschläge durchaus nicht der rapid gestiegenen Teuerung entsprechen. Insbesondere sind die Zuschläge für Akkordarbeiter durchaus niedrig. Die Versammlung erwartet unbedingt, daß in Zukunft feste Lohnzuschläge vereinbart werden.

Bassau. In der am 24. Februar gutbesuchten Zahlstellenversammlung stand als Hauptpunkt der Tagesordnung die bevorstehende Wahl der Betriebsräte. Es wurde den Mitgliedern in Beispielen Augen geführt, was die neuen, an Stelle der zurückgetretenen Betriebsräte während ihrer nahezu fünfmonatigen Funktion sich auf ihre Pflichten schreiben können, auf die man natürlich vom christlichen Lager die größten Hoffnungen setze, aber bis heute noch keine Taten gesehen. Es wurden von Seiten der Betriebsleitung verschiedene Vorschläge vorgebracht, wie die Ausstellung in der Malerei, Kunststiftung, Einstellungen usw., ohne auch nur den Betriebsrat zu hören. Die Haupt fanden erst zwei Sitzungen statt, während ehedem jeden

Ergebnis war. Kurz und gut, der ganze Betriebsrat wurde nur als eine formelle Sache behandelt.

Man kann daraus ganz deutlich sehen, wohin der Kurs geht. Mögen die Kollegen und Kolleginnen daraus die Konsequenzen ziehen und bei der Wahl der neuen Betriebsräte wieder tatkräftige, energische Männer an die Spitze stellen. Oder wollt Ihr haben, daß wir wieder in jene „gesegneten“ Verhältnisse zurückfallen, wie vor der Kriegszeit, an die sich wohl die älteren Kollegen und Kolleginnen noch mit Grauen erinnern werden.

Auch in Punkt Reinigung verschiedener Arbeitsräume bleibt in letzter Zeit wieder immer mehr zu wünschen übrig.

Unter Punkt „Verschiedenes“ gab Kollege Bileger noch bekannt, daß unser Kassierer **August Schaller** (Maler) am Montag, den 6. März, im Lokal Parzer das Fest der **silbernen Hochzeit** begeht, wozu sich die Kollegen und Kolleginnen recht zahlreich einfinden wollen. Nachdem keine weiteren Punkte zur Erledigung vorlagen, wurde die Versammlung geschlossen.

Matingen. Gewerkschaftssekretär Agnes aus Düsseldorf hatte für die diesmonatliche Zahlstellenversammlung das Hauptreferat übernommen. Er sprach über den Werdegang der christlichen Gewerkschaften, berührte ihr Entstehen in den vierziger Jahren im Nachahmungstrieb der Gesellenvereine, ihr hauptsächliches Streben, den Glauben im Konkurrenzkampf mit den sozialistischen Verbänden zu retten, ohne sicheren zielbewußten Kampf, eingedenk der Worte des Evangelisten Paulus und eines Hirtenbriefes an die christlichen Arbeitervereine: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, „Der bessere Lohn winkt Euch im Jenseits.“ Aber wir roten Arbeiter wollen im diesseitigen Leben auch schon etwas haben und nehmen dem überladenen Kapitalisten gerne etwas von seinen Freuden von der Schulter, die Keiden überläßt er uns leider zu gern freiwillig. Daher der Klassenkampf. Sind in letzterem die freien Gewerkschaften besser orientiert als die christlichen Gewerkschaften, so können wir wiederum von ihnen in bezug auf Einheitlichkeit der Organisation lernen. Keine Zersplitterung, keine kleinen Verbände usw. Manches im Vortrage des alten Gewerkschaftlers war uns neu und fand der Redner ein dankbares Publikum.

Resolution: Infolge der ohnegleichen anwachsenden Teuerung in Kohlen, Mehl, Lebensmitteln, Kartoffeln zu 3 Mk. das Pfund (meistens sind aber überhaupt keine zu kaufen) bitten wir den Hauptvorstand, unverzüglich den Tarif zu kündigen und für einen den Teuerungen entsprechenden neuen Abschluß energisch einzutreten.

Schwandorf. Die Versammlung vom 2. März nahm Kenntnis von dem neuen Lohnabkommen vom 27. Februar. Die Mitglieder waren arg enttäuscht. Auf jeden Fall hatten sie einen größeren Erfolg erwartet, der den wirklichen Teuerungsverhältnissen in einer gerechteren Form Rechnung trüge. Die Mitglieder brachten auch zum Ausdruck, daß sie in Zukunft zu erfahren wünschten, welche Forderungen eigentlich eingereicht wurden. (Das ist doch geschehen, siehe Spitzenartikel in „Ameise“ Nr. 10 vom 10. März d. J.) Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Unterhandlungskommission wird darin aufs schärfste verurteilt (womit natürlich gar nichts gesagt ist. Red.), ferner wird der Vorstand aufgefordert, Anstrengung an eine größere Organisation zu suchen.

Eisenborn. In der am 27. Februar abgehaltenen Zahlstellenversammlung wurde der Rassenbericht pro 4. Quartal 1921 verlesen und dem Kassierer Decharge erteilt. Die Beitragsleistung wurde diskutiert, und sollen dieselben bis zur kommenden Lohnaufbesserung weiter bezahlt werden. Unter Mitteilungen wurden Fabrikangelegenheiten erledigt und insbesondere wurde auf die strikte Innehaltung der Arbeitszeit hingewiesen. Wollte man doch nun endlich erkennen, daß die achtfünfstündige Arbeitszeit gerade für uns Porzellanarbeiter übergenug ist, alles andere, was darüber, ist ein direkter Verrat an einem Arbeitskollegen, und wir müssen es auch hier an dieser Stelle als Schönteuer und Friedfertigkeit bezeugen. Wahrlich, der richtige Weg ist es nicht, seine Verdienste dadurch in die Höhe zu treiben. Es wurde angeregt, in den kommenden Versammlungen die kleineren An gelegenheiten recht kurz zu erledigen, um in jeder Versammlung über ein für uns alle aufklärendes Thema zu referieren. Hier kann nun jeder zeigen, was er kann oder fragen, was er gern hören möchte, damit auch diejenigen auf ihre Rechnung kommen, die jetzt jagen, es hat bloß immer einer das Wort usw. Doch wir wissen es ganz gut, für die Versammlungsschwänzer ist jede Ausrede gerade gut genug, um sich zu drücken. Kommt doch, ihr Mörgler hinter dem Rücken, und sagt, was Euch nicht paßt, seid doch nicht so feig und vertritt Eure Interessen. Wir wünschen ja gerade dieses und sind froh, wenn wir auch einmal zuhören können. Der schlechte Besuch zwingt uns, die Mitglieder aufzufordern, in Zukunft die Versammlungen unbedingt zu besuchen. Die Tätigkeit der Preis Kommissionen wurde beachtet und ergab die Erkenntnis, daß gerade in diesem Punkte nicht alles stimmt in Eisenborn. Man sollte doch meinen, es hätte jeder die allergrößte Ursache, dort zu erscheinen, wo es notwendig ist. Man braucht ja nur zu fragen: Was verdienst du? Da kann man gleich erfahren, daß es nicht recht stimmt. Wir müssen hier feststellen, daß wir durchschnittlich keine hohen Verdienner sind, dafür sorgen schon unsere, für den größten Teil der Artikel geringen Friedenspreise. Es müßte doch diese Arbeit in dieser Frage getan werden. Und da sind die Versammlungen da, sich auszusprechen, damit man sagen kann, dies geht, der dies geht nicht, und manches Belehrende würde man dort hören.

Es wird alle Monate eine Versammlung abgehalten und die Mitgliederliste verlesen. Jeder wird gekennzeichnet, der fehlt: es gehört unbedingt dazu, daß jeder weiß, wie er sich zu verhalten hat.

Manche interne Angelegenheit wurde noch erledigt, und hoffen wir, daß die Kollegen und Kolleginnen trotz alledem erkennen mögen: Haltet Euer bißchen Errungenes und zeigt, daß Ihr würdige, echte Verbandsgenossen zu sein oder zu werden.

Lettau. Die am 3. März stattgefundene sehr gut besuchte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich ausgiebig mit dem neuen Lohnabkommen und bezeichnet dies der Zeit und eminent steigenden Teuerung entsprechend als vollständig ungenügend. Es wurde beantragt und einmütig beschlossen, den Hauptvorstand aufzufordern, in Zukunft über Annahme der Ablehnung derartiger Schiedsprüche eine allgemeine Mitgliederbestimmung zu nehmen zu wollen. Ferner beschloß

die Versammlung, den Hauptvorstand zu ersuchen, beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund energisch dahin zu wirken, die bekannten 10 Forderungen desselben nun endlich zur Durchführung zu bringen. Es wurde einstimmiger Beschluß gefaßt, die diesjährige Maisfeier für Lettau und Umgebung durch die Gewerkschaft in die Wege zu leiten und zur Durchführung zu bringen. Nach Erledigung verschiedener lokaler Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

Anträge zur Verbandsgeneralversammlung.

Marktreuth. Vereinfachung der Kassenführung.

Unsere Zahlstelle stellt den Antrag, den heutigen Lokalbeitrag sowie den 12-Proz.-Fonds in Wegfall zu bringen, und dafür 20 Proz. der Gesamteinnahme der Zahlstelle an Beiträgen dem Lokalfonds zu überweisen.

Begründung: Durch obigen Antrag würden die Zahlstellenkassierer ganz enorm entlastet, und das wäre bei größeren Zahlstellen, deren Verhältnisse keine Lokalbeamten ertragen, die aber trotzdem eine nach Hunderten zählende Mitgliederzahl haben, sehr zu begrüßen, da es event. eine größere Beständigkeit in dem Wechsel der Kassierer brächte.

Dresden und Umgegend.

Bureau: Dresden-N., Ribenbergstr. 6, III.

Unser Kollege **Miertzsche** hat seine Tätigkeit in unserer Organisation aufgenommen. Wir bitten nun unsere Kollegen, bei allen Besuchen im Bureau sich an die Geschäftsstunden zu halten. Diese liegen in der Zeit von 11 bis 1 Uhr vorm. und von 4 bis 6 Uhr nachm.

Im schriftlichen Verkehr bitten wir, alle Zuschriften in Kassen- und Mitgliederfragen (Krankmeldungen) an die Adresse des Kollegen **Paul Miertsche** zu senden, Betriebs-, Tarif- und Organisationsfragen aber mit der Anschrift des Kollegen **Uhlmann** zu versehen.

Die Verwaltung.

Rahla.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich die Geschäftsstelle ab 1. April 1922 in der Bergstr. Nr. 6 (Konsumverein), eine Treppe, befindet.

Krankmeldungen haben an sämtlichen Werktagen (außer Sonnabenden) in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags zu erfolgen. Auszahlung der Unterstützung nur Sonnabends von 9 bis 1 Uhr vormittags.

Wir verweisen unsere Mitglieder bei dieser Gelegenheit noch besonders auf die Bestimmungen im § 14, Ziffer 3 und 6 des Statuts, mit dem Hinzufügen, daß unter keinen Umständen Nachsicht bei Außerachtlassung dieser Bestimmungen geübt werden kann.

Zahlstellenverwaltung Rahla. A. A.: **Gustav Meinhardt.**

Adressen-Änderungen.

Matingen. Schriftführer: **Josef Caspar**, Markt 22.

Rubolzstadt. Vorsitzender: **Paul Herger**, ML, Volkstedt, Hauptstraße 48.

Schwarzenbach a. Saale (Oberfr.). Vorsitzender: **Martin Hornfischer**, Br., Schneidmühlstr. 457. Schriftführer: **Julius Fischer**, ML, Kirchenlamyerstr. 247.

Sterbetafel.

Amberg. **Heinrich Roth**, Arbeiter, geboren am 14. November 1883, gestorben am 27. Februar an Darmgeschwür. Mitglied seit August v. J.

Gräfenhain (Taubenthal). **Hermann Treffel**, Brenner, geboren am 7. Juli 1890, gestorben am 17. Februar an den Folgen einer Blinddarmoperation. Mitglied seit 1919.

Rahla. **Richard Grundner**, Füller, geboren am 16. März 1867, gestorben am 3. März an Lungentzündung. Mitglied seit 1921.

— **Ernst Franke**, Dreher, geboren am 22. September 1878, gestorben am 4. März an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1921.

Rahhütte. **Minna Seyfert**, Wicklerin, geboren am 20. September 1899, gestorben am 13. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1918.

Rimbach. **Hermann Siegel**, Maler, geboren am 12. Februar 1846, gestorben am 23. Februar an Wasserleiden und Herzleiden. Mitglied seit 1919.

— **Abalbert Kühnlenz**, Maler, geboren am 26. Dezember 1853, gestorben am 24. Februar an Herzschlag. Mitglied seit 1919.

— **Max Müller**, Former, geboren am 30. Juli 1890, gestorben am 25. Februar an Nierenleiden. Mitglied seit 1919.

Röhndorf. **Albine Meinhardt**, Bucherin, geboren am 12. April 1854, gestorben am 26. Februar an Herzleiden. Mitglied seit 1920.

Tiefenfurt. **Paul Rothe**, Maler, geboren am 2. Februar 1868, gestorben am 26. Februar an Rachenwandkrebs. Mitglied seit 1891.

Wetten. **Paul Plinke**, Dreher, geboren am 12. Mai 1867 in Dittersbach, Kreis Waldenburg (Schles.), gestorben am 27. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Waldenburg. **August Thönel**, Kapfelbreher, geboren am 21. Dezember 1852, gestorben am 10. Februar an Darmverschlingung. Mitglied seit 1919.

Ehrem Andenken!

Berichtigung.

In dem Statutenanhang, der mit Nr. 9 der „Ameise“ vom 3. März d. J. den Mitgliedern zugestellt wurde, ist unter Maßregelungs- und Streifenunterstützung in Klammern beigefügt (§ 15, Ziffer 2, und § 21, Ziffer 2). Das ist falsch.

Es muß heißen: (§ 21, Ziffer 2, und § 22, Ziffer 15).

Es wolle jedes Mitglied in seinem ihm zugestellten Exemplar die entsprechende Nichtigstellung vornehmen, um eventuell spätere Irrtümer zu vermeiden. Das Verbandsbureau.

Bekanntmachung.

Trotz Bekanntmachung in Nr. 51 und 52 der „Ameise“ haben folgende Zahlstellen die Abrechnung pro 4. Quartal und die bisher im Gebrauch gewesenen Eintritts- und Beitragsmarken noch nicht eingekandt:

Wonn, Mainleus, Naila, Neuhaldensleben und Besei.

Ich fordere diese Zahlstellen auf, die Abrechnung und die Marken sofort einzusenden. W. H. Herden.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Bewährter Fachmann, 36 Jahre alt, verh., mit circa 20-jähriger Praxis in Sanitäts-Steingut (Spülwaren), verschiedene Gießverfahren, auch vertraut mit allen anderen Arbeiten, wie Drehen, Gießen, Formen und Formgießen, sucht baldmöglichst passende leitende Stellung. Wohnung erwünscht. Gesl. Angebote unter „E. 16“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Für unsere Unterglasur-Sandmalerei-Abteilung suchen wir zum sofortigen Eintritt zwei tüchtige Maler. Steingutfabrik Staffel, G. m. b. H., Staffel bei Limburg a. d. Lahn.

Lebiger Schleifer, 27 Jahre alt, mit allen vorkommenden Schleiferarbeiten vertraut, sucht Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Gesl. Angebote unter „E. 18“ an die „Ameise“ erbeten.

Steingutfabrik sucht zum baldigen Eintritt einen jüngeren tüchtigen Glaserer. Off. unter „S. S.“ an die Redakt. der „Ameise“.

Porzellangeschirrfabrik, größere Stadt in Thüringen, sucht per sofort Brenner, Dreher, Schleifer. Angebote unter „W. 11“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Freidreher, durchaus zuverlässig, hauptsächlich in Hochspannungsartikeln wie Durchführungen, Stützen usw., der auch imstande ist, selbständig nach Zeichnung zu arbeiten, bei hohem Lohn gesucht. Es kommt nur eine in diesem Fach durchaus erfahrene Kraft in Frage. Offerten unter „E. 20“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Einige tüchtige Dreher verlangen Steingutfabriken Belten-Vordamm, G. m. b. H., Belten i. Mark.

Zwei bis drei Porzellanbreher für Schalen und Teller bei gutem Lohn zum sofortigen Antritt gesucht. Porzellanfabrik Wilhelm Lange, Neuhaldensleben.

Mehrere tüchtige Porzellanmaler, die in der Ausführung von Exportbeforen firm sind, finden für sofort dauernde Beschäftigung. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Zwickauer Porzellanfabrik, Zwickau i. Sachsen.

Für die Inbetriebsetzung unserer neuen Fabrik suchen wir perfekte Maler, sowie Dreher und Dreherinnen für Flachgeschirr. Wohnung eventuell vorhanden. E. & E. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau (N.-L.).

Steingutfabrik sucht zum sofortigen Antritt 20 tüchtige Maler für Unterglasur bei allerhöchsten Löhnen. Keramische Werke Alfred Lohse, Schmiedeberg, Bezirk Halle.

Tüchtigen Schubscheibendreher stellen sofort ein. E. & E. Carstens, Abteilung Altes Werk, Neuhaldensleben.

Maler, ledig, in Privatmalerei gelernt, langjährig tätig in Schrift auf Apothekenstandgefäße, Schilder usw., auch in Emailierwerken tätig gewesen, sucht Stellung für sofort im In- oder Ausland. Gesl. Offerten unter E. 14 an die Redaktion der „Ameise“.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt einige Tellerdreher. Angebot unter E. 10 an die Redaktion.

Geübter Figurenzeichner und Wasserzeichner, der auch längere Zeit als Zeichner in Großgeschirr sowie in Wasserleitungsartikeln (Scheitel, Wasserhähne usw.) tätig war, sucht anderweitige Stellung. Gesl. Offerten unter E. 12 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Fachmann, 47 Jahre alt, in allen Arbeiten, wie Drehen, Schubscheibe und Gießerei vollständig firm, sucht Stellung als Dreher oder Oberdreher. Sagenber ist seit einigen Jahren als Oberdreher tätig. Offerten unter „E. D. 6“ an die „Ameise“ erbeten.

Brenner, sucht, der in erfahrener Porzellanfabrik tätig war und in Ofen mit überschlagender Flamme Unterglasurporzellan brennen kann. Ferner ist der Betrieb des Brennhofes auf sanderes Fällen und sonstige Arbeiten zu kontrollieren. Bei zufriedenstellenden Leistungen ist außer Tariflohn freie Wohnung, Licht und Heizung gewährt. Angebote unter „B. B. 220“ an die „Ameise“ erbeten.

Zwei tüchtige ledige Schalendreher per sofort gesucht. Porzellanfabrik Brambach, Brambach i. Sachsen.

Perfekter Gypsformer und Gießer für Figuren (Gelatineformen) sowie Figurenmaler, Spezialist für Bronze-Plattierungen, werden gesucht. Angeb. an Jaensch, Magdeburg, Kaiserstr. 22.

Dreher werden noch eingestellt bei der Rheinsberger Steingutfabrik C. & E. Carstens, Rheinsberg i. Mark.

Figurenmaler, 33 Jahre alt, in religiösen und profanen Figuren bewandert, auch in Kirchenmalerei tüchtig und selbständig, sucht Stellung nach Nord- oder Südamerika. Suchender war bis Kriegsausbruch schon drei Jahre in Nordamerika beschäftigt. Offerten an Theodor Rudolf, Breslau, Westendstr. 90.

Tüchtiger Gypsfigurengießer und Ruderer sofort verlangt. Arbeitsnachweis Berlin S. D. 26, Raunstr. 85, vorn, dort.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme + Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Beste u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Hört — leset — staunt

über die hohen Preise, die ich für Goldschmied, Asche, Lappen und Flaschen zahle. B. B. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Sendungen werden sofort erledigt.

Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Kaufe goldhaltige Schmied, Lappen, Asche, Flaschen, Pinsel und Malrückstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.

Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 2411.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen. Oscar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmied, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf., je nach Inhalt. — Poliergoldflaschen „ „ 10 „ 25—50 „ je nach Inhalt. — Darum schickt alles zu:

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldasche (45,— Mt. à Gramm bis auf Widerruf), Abfälle, ausgebranntes Malergold, wird sofort eingeschmolzen und zahlt höchste Tagespreise. A. Geyer, Goldarbeiter, Selb i. Bayern.

Goldhaltige Schmied — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft. M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmied

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen. Emil Theimer, Cangerwiesen b. Elm, Thür.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Gegr. 1896.
Beste Bedien.



Preisfrei
Sofort schnelle Bed.
Seifert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 32.

Gold-, Platin-, Silberabfälle auf Anfrage

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmied — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen. Christoph Geier, Hühstadt b. Ehlersheim, Oberfranken.

CHRISTOESACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Druck von C. Janiszewski, Berlin S. D., Elisabeth-Str. 17.